



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/94 - 23.4.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

| | |
|--|------|
| Der Westen und die deutsche Einheit | S. 1 |
| Peron schürt den Fremdenhaß | S. 3 |
| Verstärkte SED-Propaganda | S. 5 |
| Ein harmloser Freiherr und noch harmlosere Richter | S. 7 |

Willkommene Aufspaltung ?

(sp) Jede noch so zarte Andeutung, die Politik der Bundesregierung vernachlässige die Anstrengungen, die zu einer möglichst schnellen Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands führen könnten, ist von eben dieser Regierung bzw. ihrem Kanzler zurückgewiesen worden. In diesem Zusammenhang aufgeführte Tatsachen wurden entschieden, wenn auch ohne hinreichende Gegenargumente beiseitegeschoben. Immerhin konnte die bis zur Vollkommenheit reichende Übereinstimmung der amerikanischen mit der Konzeption der Bundesregierung nicht ernstlich bestritten werden.

Man haben sich vor einiger Zeit auch die Westmächte zur Einheit Deutschlands bekannt. Vor diese Frage gestellt, konnten sie sich kaum anders entscheiden. Aber immer auffallender häuft sich die Zahl der Stimmen angesehenen Publizisten, vor allem in den USA, die, unbelastet durch irgendeine Hypothek amtlicher Verantwortung, den wahren Absichten der amerikanischen und in Verbindung damit auch in der Politik der übrigen Westmächte näherkommen, als Noten und Deklarationen.

In einem Artikel in der "New York Herald Tribune" schrieb Anfang April Russell Hill u.a.: "Die Westalliierten wünschen nicht die deutsche Einheit", wobei er abschwächend hinzufügte: "jedenfalls wünschen sie sie nicht im Augenblick. Sie wünschen

die möglichst schnelle und enge Integration Westdeutschlands in die westliche Gemeinschaft. Auch Dr. Adenauer wünscht dies. Aber immer, wenn er diese Absicht zu offenkundig macht, verliert er an Unterstützung in der Bevölkerung".

Drew Middleton von der "New York Times" schrieb zu der gleichen Zeit: "Die Aufgabe ist, den Generalvertrag und den westdeutschen Verteidigungsbeitrag zu beschleunigen und zu vollenden, während Verhandlungen mit der Sowjet-Union fortgesetzt werden. Beide - die alliierten Führer und der Bundeskanzler - befinden sich in der Lage, daß sie die deutsche Einheit stark unterstreichen, während sie gleichzeitig Tag und Nacht daran arbeiten, die Integration Westdeutschlands in Westeuropa zu vollenden, ein Prozess, der jede Hoffnung auf eine deutsche Wiedervereinigung in naher Zukunft ohne Krieg zunichte machen wird".

Im "Observer", dem führenden englischen Wochenblatt, schrieb Sebastian Haffner dieser Tage: "Wir wollen doch ruhig zugeben, daß gesamtdeutsche Wahlen im Augenblick nicht im westlichen Interesse liegen ... Nur wenn die 50 Millionen Deutsche Partner in der neuen, großen, europäischen Gemeinschaft geworden sind, werden die Furcht und das Mißtrauen gegenüber einem Deutschland von 70 Millionen bei den Nachbarn Deutschlands aufhören. (Für den Westen mag das zutreffen, für die Sowjet-Union, machtpolitisch für Deutschland ein Faktor von gleicher Bedeutung, gewiß nicht, D.Red.). Nach der Wiedervereinigung hätten wir es mit einer neuen und höchstwahrscheinlich weniger gefügigen deutschen Regierung zu tun".

Und was die Franzosen anlangt, die gerade in diesem Punkt mit den Amerikanern eng zusammen arbeiten, so ist die Äußerung eines deutschen Journalisten, des Pariser Vertreters der "Stuttgarter Zeitung" interessant, der dazu schrieb: "Das haben instinktiv auch diejenigen Franzosen begriffen, die keine exakten Vorstellungen von politischen Gegebenheiten besitzen: Ein halbes Deutschland ist in jeder Hinsicht einem ganzen Deutschland vorzuziehen".

Solche Äußerungen könnte man täglich durch neue ähnliche ersetzen. Sie sind deutlich genug. Trotz feierlicher Bekräftigungen gegenteiligen Inhaltes zwingt sich immer deutlicher die gewiß nicht neue Vorstellung auf: Die Aufspaltung Deutschlands ist in den Augen sehr maßgebender politischer Kräfte bei den westlichen Alliierten eine im Grunde recht willkommene Tatsache. Diese Einstellung ist äußerst verhängnisvoll für Deutschland selbst, aber auch, was von diesen alliierten Kreisen in unverständlicher Kurzsichtigkeit nicht eingesehen wird, für ganz Europa und damit auch für die amerikanische Europa-Politik. Es ist tief bedauerlich, daß die Bundesregierung den West-Alliierten auf diesem Wege so weit folgte, wie es geschehen ist.

Peron schürt den Fremdenhaß

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Buenos-Aires, Mitte April

In Argentinien schießt der Fremdenhaß, ein Gewächs, das bisher nur kümmerlich gedieh, mächtig ins Kraut. Vereinzelte Zwischenfälle registriert der aufmerksame Beobachter mit immer größerer Häufigkeit in der Landeshauptstadt Buenos-Aires. Hier wird Einwanderern bedeutet, sie möchten gehen woher sie gekommen sind, sobald sie es wagen, bei Geschäftsleuten, Eisenbahnschaffnern oder Beamten ihr Recht zu verlangen.

Wiederholt wurden in der letzten Zeit Tanzlokale und Restaurants geschlossen, weil in ihnen nicht genug Tangos und andere nationale Musik gespielt wurde. Beschränkende Maßnahmen gegen Ausländer wurden in Theatern und Musikkapellen gegen ausländische Künstler ergriffen. Schweizer Siedler aus Misiones berichten, daß in den Belegschaftsversammlungen der Landarbeiter von den Rednern der Regierungspartei ein blindwütiger Haß gegen alle Ausländer geschürt wird, der eines Tages verhängnisvolle Folgen zeitigen muß. Ein schweizer Lehrer, der sich nicht nur in Argentinien naturalisieren ließ, sondern auch noch das Lehrerexamen im neuen Land nachmachte und damit juristisch den argentinischen Lehrern völlig gleichgestellt ist, wurde von der Aufsichtsbehörde zwar nicht abgelehnt, jedoch bedeutete man der Privatschule, die ihn beschäftigen wollte, man müsse den Mann ständig kontrollieren. Das Institut zog es vor, einem in Argentinien gebürtigen Lehrer den Vorzug zu geben.

In den ausländischen Privatschulen wurde die Verwendung von im Ausland gedruckten Schulbüchern verboten. Es dürfen nur noch Übersetzungen von argentinischen Lehrbüchern verwendet werden. Und nachdem der Import von Büchern und Zeitschriften aus dem Ausland in den letzten Jahren allmählich lahmgelegt wurde, verfügte die argentinische Zentralbank eine Neuregelung, die die chinesische Mauer geistiger Autarkie vollendet. Jedwede Bücher- oder Zeitschriften-

Einfuhr ist danach verboten, wenn sie nicht zuvor von der Bank genehmigt ist. Und aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre und der angespannten Devisenlage ist kaum damit zu rechnen, daß irgendeiner von diesen Anträgen bewilligt werden wird. In einem Lande wie Argentinien, dessen geistiges Leben in innigstem Kontakt mit Europa gestanden hat und das der europäischen Kultur alles verdankt, ist eine solche Maßnahme paradox.

Während es bisher möglich war, daß ein Unternehmen wie die Büchergilde seiner argentinischen Filiale laufend Neuerscheinungen zusandte, auch wenn sie nicht sofort bezahlt wurden, dürfen in Zukunft Bücher jetzt festgehalten und zurückgesandt werden. Auch der Bücheraustausch mit den anderen Ländern, ^{der} besonders für das übrige spanisch sprechende Amerika seine Bedeutung hatte, ist nunmehr unterbunden.

Zahlreiche Buchhandlungen, die sich auf den Verkauf ausländischer Fachliteratur und Zeitschriften spezialisiert hatten, kommen durch diese Maßnahme in eine schwierige Situation. Sollten die von ihr betroffenen Länder zu Gegenmaßnahmen greifen, müßte das argentinische Verlags- und Buchhandelsgewerbe davon schwer in Mitleidenschaft gezogen werden. Man fürchtet, daß nunmehr ein schon 1950 vom Parlament angenommenes Gesetz zur Anwendung gelangen wird, das ausländische geistige Erzeugnisse mit einer Steuer bis zu 50 Prozent ihres Wertes belegt. Und man erinnert sich, daß in den Archiven des Parlaments ein Gesetzesvorschlag sich befindet, dessen Autor der argentinische Intellektuellenverband ist. Er sieht für die eingeborene geistige Produktion eine regelrechte Monopolstellung vor.

+ + +

SED beliefert westdeutsche Papiermühlen

jos.Helmstedt, im April.

Vier Tage nach der ersten Stalin-Note über einen deutschen Friedensvertrag ließ der Polizei-Oberrat, der die 60 Volkspolizisten des ostzonalen Kontrollpunkts an der Autobahn bei Helmstedt kommandiert, das große Plakat vor seinem Schlagbaum überpinseln. Wo früher gegen Remilitarisierung gewettert wurde, heißt es jetzt schlicht aber ebenso groß: "Die Sowjetunion zeigt den Weg zu einem demokratischen Friedensvertrag mit Deutschland".

Seit dieser Zeit auch tut sich einiges mehr an der Zonengrenze: Die Zahl der eingeschleusten Agenten nimmt von Tag zu Tag zu und in den Kellern der West-Polizei türmen sich die Berge des abgefangenen Propagandamaterials. Rund drei Zentner täglich beträgt allein die Beute am Zollgrenzpunkt Helmstedt; von kleinen Handzetteln über Flugblätter - alle mit gefälschtem westdeutschem Impressum, zumeist Kassel, Frankfurt, Gießen, Eschwege - über ostzonale Zeitungen bis zu dicken Broschüren über "Unseren Fünfjahresplan", "Unseren Volkswirtschaftsplan 1952" (illustriert) usw. ist alles vorhanden, womit man glaubt, im Westen Eindruck zu machen. Auf dem Postamt Helmstedt kamen kürzlich sieben Pakete aus der Ostzone an, Gesamtgewicht etwa 2 1/2 Zentner. Die Adresse war falsch, daher mußte ein Paket geöffnet werden. Was darin gefunden wurde, reichte zur Beschlagnahme der ganzen Sendung aus. Seit sechs Wochen etwa hat sich so die "Beute" der West-Polizei verdoppelt; die Papiermühlen in der Umgebung von Helmstedt bekommen jetzt sehr viel Rohmaterial direkt von der Polizei geliefert.

Die im gleichen Maße verstärkt eingeschleusten Agenten sollen zum Teil auch einem Neuaufbau des Funktionärskaders in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen dienen, wo Säuberungen im Gange sind. Das Einschleusen ist schwieriger geworden, weil nun auch der Bundesgrenzschutz motorisiert die Grenze patrouilliert; trotzdem findet die Volkspolizei die Löcher, durch die sie ihre Agenten, mit Autobussen und frommen Wünschen bis an die Grenze gebracht, westwärts

schickt. Harbke bei Helmstedt mit den "Schluchten" aus dem Braunkohlentagbau und das dicht bewaldete Walkenried im Harz sind die beliebtesten Übergangsorte. Die West-Polizei hat gegen solche Leute - sofern sie aus der Ostzone stammen - keine Handhabe; die Agenten können nicht einmal wegen verbotenen Grenzübertritts belangt werden, weil es dieses Verbot auf westdeutscher Seite nicht gibt. Sie werden ungeschoren wieder zurück geschickt. Agenten aus Westdeutschland, die von irgendeinem Lehrgang aus der Ostzone kommen - hauptsächlich aus Forst-Zinna - werden notiert und ihre Heimat-Kripo wird gebeten, auf sie ein Augenmerk zu haben. Mehr läßt das Gesetz nicht zu.

Westdeutsche Kommunisten, die, weil sie als KP-Männer bekannt sind, keinen Interzonenpaß bekommen, werden durch die im Vorjahr zu den FDJ-Spielen gegründete Schlepper-Organisation hinübergebracht. Haben sie doch einen Interzonenpaß, den sie sich meist zur Tarnung auf West-Berlin ausstellen lassen, dann werden sie in das Polizeipräsidium von Magdeburg dirigiert, wo sie den Westberliner Stempel in den Paß gedrückt bekommen. Die Volkspolizei von Magdeburg ist in der Lage, außer dem Westberliner Stempel noch die amtliche Signatur, aller größeren Ostzonen-Städte zu stempeln, damit bei der Rückkehr in den Westen "bewiesen" werden kann, daß man tatsächlich an dem im Paß genannten Zielort gewesen sei.

Vopo-Kommissar Arndt in Marienborn hat ein besonderes Amt: Er leitet die Zentralstelle für die Anwerbung von Spitzeln; ebenfalls ein Unternehmen, das in der letzten Zeit forciert worden ist. "Anwerben" ist ein sehr milder Ausdruck; in Wirklichkeit werden die Menschen erpreßt. Meist nimmt man abgefangene illegale Grenzgänger, die man vor die Wahl stellt, entweder Spitzeldienste zu leisten oder "Unannehmlichkeiten" für die in der Ostzone lebenden Verwandten in Kauf zu nehmen. Eine entsprechende Haft hilft dabei nach. Besonders hartnäckige Fälle schickt Kommissar Arndt nach Magdeburg, wo ein russischer Major die Leute "weich" macht. So hatten mit diesem Major auch Gattin und Tochter, in Hötensleben (Ostzone) lebend, eines in Offleben (Westzone) beschäftigten Beamten zu tun. Über seine Familienangehörigen sollte der Mann gezwungen werden, bestimmte Nachrichten zu liefern, die mit seiner West-Tätigkeit zusammenhingen. Mutter und Tochter sagten zu, gingen nach Hötensleben zurück und schafften mit Hilfe westdeutscher Stellen ein Möbelstück nach dem anderen über die Grenze. Zwischendurch gab der Mann Informationen, um Kommissar Arndt zu beschwichtigen. Nach 14 Tagen war die Wohnung leer, Mutter und Tochter setzten sich nach dem Westen ab. Die Informationen, die Arndt bekommen hatte, waren falsch.

Die verstärkte Hast, mit der die Volkspolizei Agenten über die Grenze schleust und den westdeutschen Papiermühlen Rohmaterial liefert, hat einen triftigen Grund: 1952 ist von der SED als das "Jahr der Entscheidung" proklamiert worden. Es soll also noch vieles geschehen in diesem Jahr.

Kein Kindlein ist so rein ...

Nach 1918 quittierte ein junger Offizier, Ulrich Freiherr von Bothmer hieß er, den Heeresdienst, da er den Eid auf den Reichspräsidenten Ebert nicht leisten wollte. Schön; wenn auch nicht in dem Sinne, wie das Blatt der Remer-Leute meint, wenn es erklärt, manche hätten es damals mit dem Fahneneid noch genauer genommen. Gegen den Eid auf Hitler hatte allerdings der Freiherr nachher keine Bedenken; dafür brachte er es dann auch zum General-Arbeitsführer im RAD.

Bothmer hat das Dritte Reich siegreich überstanden, ist heute der 3. Vorsitzende der SRP und sagt zuweilen Dinge, die er lieber nicht sagen sollte; nicht nur weil sie dumm und verlogen sind, was bei SRP-Rednern zwar weiter nicht auffällt. Aber offenbar glaubt der SRP-Bothmer, er könne sich's leisten.

Und leider kann er es. Da hat er, am 13. August 1951, am Tage nach seiner Verurteilung zu einigen Monaten Gefängnis wegen übler Nachrede auf die Bundesregierung, in einer Versammlung in Königs-
lutter erklärt: "Solange die gesamte Welt sich nicht zusammenschließt, um das Weltjudentum zu bekämpfen, solange gibt es keine Ruhe. Denn wo der Kriegstreiber sitzt, das brauche ich nicht zu erklären".

Gegen diese Äußerung wurde von jüdischer Seite Klage erhoben. Aber die Zweite Große Strafkammer des Landgerichts in Braunschweig lehnte den Antrag rundweg ab. Auf die Beschwerde des Oberstaatsanwaltes vom 30.1.1952 erging ein Beschluß, der wieder einmal zeigt, was heute juristisch möglich ist. Das Braunschweiger Gericht stellte sich auf den Standpunkt: Ein Aufruf zum Kampf gegen das Weltjudentum stelle erstens keine Beleidigung dar, das Weltjudentum sei zweitens eine nicht beleidigungsfähige Personengemeinschaft, drittens habe sich die Äußerung des Freiherrn von Bothmer nicht gegen die Kläger - den Zentralrat der Juden - gerichtet. Viertens habe der Freiherr nicht gesagt, daß er den Kampf gegen die Juden mit den Mitteln des Dritten Reiches zu führen beabsichtige. Fünftens habe er nicht zu Gewalttätigkeiten gegen die Juden aufgefordert.

Womit wieder einmal bewiesen ist, daß kein Kindlein so rein und harmlos ist, wie ein SRP-Redner, der in Antisemitismus macht und dabei erklärt, er brauche nicht zu erklären, wo "der Kriegstreiber" sitzt. Und daß es so harmlose Richter gibt, die gar nicht merken, daß man das "nicht beleidigungsfähige Weltjudentum" schlägt und die Juden meint ... und nicht nur die Juden, wenn es erst mal so weit ist.

R.G.H.